



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Zugabe von Mikroplastik dulden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ihre Bundesratsinitiative zu Mikroplastik so zu ändern, dass sie ein bundesweites Verbot der Produktion und des Verkaufs von Produkten mit absichtlich zugesetztem Mikroplastik in Deutschland fordert,
- sich auf Bundes- und Europaebene für das von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) vorgeschlagene Verbot von absichtlich zugesetztem Mikroplastik in Produkten einzusetzen.

Begründung:

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat eine Risikobewertung für absichtlich zugesetztes Mikroplastik durchgeführt und ist zu dem Schluss gekommen, dass eine EU-weite Beschränkung von Mikroplastik in Produkten gerechtfertigt ist. Laut Angaben der ECHA gelangen jedes Jahr bis zu 60.000 Tonnen Mikroplastik in die Umwelt, das aus den Beigaben in Kosmetik, Farben, Reinigungsmitteln und anderen Produkten stammt. Einmal in die Umwelt gelangt ist es unmöglich, dieses Mikroplastik wieder auffindig zu machen und fachgerecht zu entsorgen. Da ständig neues Mikroplastik hinzukommt, erhöht sich die Mikroplastikmenge in der Umwelt laufend. Dort angekommen verbleibt es für hunderte von Jahren. Die genauen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sind noch nicht abschätzbar.

Regulationen zu Mikroplastik sind in Frankreich, Italien, Schweden und Großbritannien bereits in Kraft und in Irland und Belgien geplant. Die Initiativen der Staatsregierung, freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie zu suchen, waren bisher weder erfolgreich, noch sind sie der Problematik dieser massiven Umweltverschmutzung angemessen.